

Nach der Regierungsvorlage.

Die Gültigkeit der Wahlhandlung wird nicht durch die Anwesenheit der Beisitzer bedingt.

§ 28.

Die Abgeordneten werden durch Stimmzettel gewählt, welche uneröffnet in ein verschlossenes Behältniß zu legen sind.

Auf den Stimmzetteln ist die Person des zu Wählenden so zu bezeichnen, daß über ihn kein Zweifel übrig bleibt.

Stimmzettel, welche dieser Vorschrift nicht entsprechen, ingleichen solche Stimmzettel, welche die Namen mehrerer Personen oder einer nicht wählbaren Person, oder einen Vorbehalt enthalten, sind ungültig.

Ueber die Gültigkeit der einzelnen Wahlstimmen entscheidet der Wahlvorstand.

§ 29.

Bei der Wahl der Abgeordneten entscheidet die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.

Wird solche bei zweimaliger Abstimmung nicht erlangt, so entscheidet bei der dritten Abstimmung relative Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, bei Stimmengleichheit das Loos.

§ 30.

Wird die Wahl abgelehnt, so hat der Wahlkommissar eine anderweite Wahl zu veranstalten.

Ergiebt sich die Nichtwählbarkeit eines Gewählten, so ist vor Einleitung der Neuwahl die Genehmigung des Ministeriums des Innern einzuholen.

§ 31.

Der erste Absatz von § 18 des Gesetzes vom 3. Dezember 1868 wird dahin abgeändert:

„Das Stimmrecht steht allen nach §§ 1 und 2 dazu befähigten Personen zu, welche vom Tage des Abschlusses der Urwählerliste rückwärts seit mindestens sechs Monaten ihren Wohnsitz oder Aufenthalt im Orte haben und Grund- oder Einkommensteuer entrichten.“

§ 32.

Der § 20 des Gesetzes vom 3. Dezember 1868 erhält folgende Fassung:

„Zur Wählbarkeit als Abgeordneter ist außer den § 4 bemerkten Voraussetzungen die Entrichtung von mindestens

Dreißig Mark

Grund- oder Einkommensteuer oder an beiden zusammen erforderlich.

Hierbei kommt die für die Ehefrau und die unter väterlicher Gewalt stehenden Kinder zu entrichtende Steuer in Anrechnung.“

§ 33.

In § 50 des Gesetzes vom 3. Dezember 1868 werden hinter dem Worte „Stimmberechtigten“